

verband

binationaler

familien und partnerschaften **iaf**

Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V.
Ludolfusstraße 2- 4 • 60487 Frankfurt

Bundesgeschäftsstelle
Ludolfusstraße 2 - 4
60487 Frankfurt | Main

Fon + 49.(0)69.71 37 56-0
Fax + 49.(0)69.7 07 50 92
Mail info@verband-binationaler.de
Net www.verband-binationaler.de

Frankfurt, 27. Oktober 2010

Pressemitteilung

Verschärfungen im Aufenthaltsgesetz geplant

Bundesregierung unterstützt Stimmungsmache gegen Migranten

Das Bundeskabinett berät heute über Änderungen im Aufenthaltsgesetz. Damit wird unter anderem beabsichtigt, dass ausländische Ehepartner künftig erst nach drei – statt wie gegenwärtig zwei – Jahren eine eigenständige Aufenthaltserlaubnis haben. Das Argument, damit Scheinehen zu verhindern, basiert lediglich auf Verdachtsfällen und ist nicht haltbar.

Die Änderung ist nach Auffassung des Kabinetts notwendig, weil "Wahrnehmungen aus der ausländerbehördlichen Praxis darauf hin deuten", so der Text zum Gesetzesentwurf, dass durch die nur zweijährige Mindestbestandszeit "der Anreiz für ... Scheinehen gesteigert wurde."

„Wir sind entsetzt, dass vage Vermutungen zu weiteren Restriktionen führen sollen und damit Frauen zwingen, länger in unerträglichen familiären Gewaltsituationen auszuharren“, so Hiltrud Stöcker-Zafari, Bundesgeschäftsführerin des Verbandes. Bislang sind keinerlei stichhaltige Nachweise für eine Zunahme von Scheinehen bekannt.

Die beabsichtigte Verschärfung führt zu einer Verschlechterung der Situation für von Gewalt betroffenen Mädchen und Frauen. Würden sie sich vor Ablauf von drei Jahren trennen, laufen sie Gefahr, ihre Aufenthaltserlaubnis zu verlieren. Zwar kann bei häuslicher Gewalt ein Härtefall geltend gemacht werden. Doch dies erweist sich in der Praxis als sehr schwierig, weil die Betroffenen hierfür Nachweise erbringen müssen. Aus Angst, dies nicht zu können, verharren viele in ausweglosen familiären Situationen.

Die geplante Gesetzesänderung steht in keinem Verhältnis zu dem Ziel, Scheinehen zu verhindern. Vielmehr passt die Eile, mit der die Regierung Änderungen einbringt und über sie berät, in die aktuelle unsägliche „Integrationsdebatte“. Sie bläst so mit in das Horn, Stimmung gegen Migrant/innen in Deutschland zu machen.

Wir fordern die Regierung auf, die geplante Verschärfung zu unterlassen und sich ihre Verantwortung bewusst zu machen, die sie für die Rahmenbedingungen für ein menschenwürdiges Leben aller Einwohner trägt.

Ihr Kontakt für Rückfragen und weitere Informationen:

Hiltrud Stöcker-Zafari, Bundesgeschäftsführerin,
Tel.: 069 / 713756 -12, Mail: stoecker-zafari@verband-binationaler.de

Jede neunte Eheschließung in Deutschland ist heute eine binationale Verbindung. Jedes dritte Kind, das hier geboren wird, hat Eltern unterschiedlicher Nationalitäten. Der Verband binationaler Familien und Partnerschaften, setzt sich seit 1972 ein für die Interessen binationaler/bikultureller Paare und Familien sowie von Menschen, die in interkulturellen Zusammenhängen in Deutschland leben. Ziel des Verbandes ist es, das interkulturelle Zusammenleben in Deutschland gleichberechtigt und zukunftsweisend zu gestalten. In 24 Regionalstellen berät der Verband jährlich rund 16 000 Menschen in allen Fragen des binationalen/bikulturellen Alltags. Der Verband ist unter anderem Mitglied im Bundesforum Familie, im Paritätischen Wohlfahrtsverband, im Deutschen Frauenrat, in der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF e.V.), im Forum Menschenrechte, im Forum gegen Rassismus des Bundesministeriums des Inneren sowie im Netz gegen Rechts des DGB. Er vertritt Deutschland in der Coordination Européenne pour le droit des étrangers à vivre en famille.